

Ministerin schwer in Bedrängnis

Sondereinheit: Christina Schulze Föcking verteidigt die Abschaffung der Stabsstelle Umweltkriminalität. Dabei verheddert sich die CDU-Politikerin aus dem Münsterland in Widersprüche

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Die nordrhein-westfälische Umweltministerin Christina Schulze Föcking sieht sich wegen der Abschaffung der Stabsstelle Umweltkriminalität heftiger Kritik ausgesetzt. Die SPD-Fraktion hat die CDU-Politikerin aufgefordert, angesichts der Schließung der Sondereinheit „endlich die Wahrheit zu sagen“. Die Grünen beantragten für die kommende Woche eine Aktuelle Stunde im Landtag.

Die Grünen fragten, ob die abgeschaffte Stabsstelle in einem Zusammenhang mit ihren Ermittlungen zur Schweinehaltung im Familienbetrieb Schulze Föcking steht. Die Staatsanwaltschaft Münster hatte im vergangenen Jahr einen Verdacht auf Tierquälerei auf dem Hof verneint. „Wir verlangen, dass die Ministerin jetzt alle Fakten auf den Tisch legt“, sagte die Vorsitzende der Grünen im Landtag, Monika Düker. „Jetzt geht es um ihre Glaubwürdigkeit.“

Das Ministerium hatte die Auflösung der Stabsstelle zuvor verteidigt. Angesichts der „Neustrukturierung der Bekämpfung von Umweltkriminalität“ im Hause Schulze Föcking habe man nach dem Regierungswechsel keine eigenständige Dienststelle vorgefunden, hieß es nach einer Anfrage dieser Zeitung. Alle Aufgaben der ehemaligen Stabsstelle habe man „beibehalten“, zusätzlich sogar „neue Akzente zur Bekämpfung der Kriminalität im Verbraucherschutzbereich gesetzt“. Mit der „Umorganisation“ sei die Bekämpfung der Kriminalität bei Umwelt- und Verbraucherschutzfragen „viel breiter aufgestellt“.

In einer Fragestunde des Landtags hatte die Ministerin behauptet, sie habe bei der Bekämpfung der Umwelt- und Lebensmittelkriminalität die „Schlagkraft erhöht“. Bei Amtsantritt der Landesregierung sei die Stabsstelle „faktisch nur noch mit einer Person besetzt“ gewesen, schreibt ihr Ministerium. Der operative Arbeitsschwerpunkt habe „im Wesentlichen in der Bekämpfung der illegalen Greifvogelhaltung und im Kampf gegen den illegalen Handel international streng geschützten Arten“ gelegen.



Zehn Monate im Amt, erneut in der Kritik: Nordrhein-Westfalens Umwelt- und Agrarministerin Christina Schulze Föcking (CDU).

FOTO: DEUTZMANN

Eingerichtet unter Ex-Ministerin Bärbel Höhn

◆ Zur Bekämpfung von Umweltkriminalität und von illegaler Müllverschlebung wurde die Stabsstelle im Jahr 2004 unter der ehemaligen NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn eingerichtet.

◆ Die Sondereinheit sollte zudem Hinweisen auf Ver-

stöße in der Lebensmittelproduktion oder Tierhaltung nachgehen.

◆ Zum Zeitpunkt der Einrichtung waren nach Angaben der neu gewählten Landesregierung zwei Stellen des höheren Dienstes und eine Stelle für die Sachbearbeitung vorgesehen.

◆ Die Stabsstelle sei dem Abteilungsleiter I zugeordnet gewesen und damit nicht unmittelbar der Hausspitze zugeordnet.

◆ Aus der Sicht von Umweltschützern gehorcht die schwarz-gelbe NRW-Regierung mit der Auflösung Wirtschaftsinteressen.

Nach einer Recherche des WDR befassen sich von den rund 660 Ordnern der Stabsstelle gerade einmal 70 mit dem Schutz von Greifvögeln, also nur rund zehn Prozent. Dagegen belegen Aktenvermerke und Sitzungsprotokolle weitgehende Ermittlungen der Sondereinheit unter anderem rund um den Skandal der Dortmunder Entsorgungsfirma Envio. Darauf angesprochen hatte die Ministerin aus dem Kreis Steinfurt eine Beteiligung der Stabsstelle noch zurückgewiesen. In einem Fall, bei dem Tausende Liter Kerosin aus einer Raffinerie der Firma Shell das Grundwasser verunreinigten, hat demzufolge sogar erst die Intervention der Stabsstelle die Einstellung des Verfahrens verhindert und zu einer Verurteilung geführt.

„Die Bedeutung der Stabsstelle kleingeredet“

Die neue Wendung legt aus der Sicht der SPD den Verdacht einer Täuschung nahe. Schulze Föcking habe „die Bedeutung der Stabsstelle Umweltkriminalität kleingeredet“, kritisierte der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, André Stinka. Die Zeit der „Falschsaugungen und Nebelkerzen“ sei nun vorbei. Die Ministerin räumte daraufhin ein, Mitte März hätten ihr noch nicht die richtigen Informationen vorgelegen.

Mit Blick auf die neu geregelte Verteilung der Aufgaben in den Abteilungen betonte das Ministerium gegenüber dieser Zeitung die Qualifikation der Mitarbeiter. Die „berufliche Vorerfahrung“ gegenüber dem Personal der ehemaligen Stabsstelle sei „erheblich verbreitert worden“. Derzeit arbeiteten im Bereich der Bekämpfung von Umweltkriminalität neben einem Juristen und einem Polizisten entsprechend fachlich ausgebildete Personen.

Nach Informationen dieser Zeitung handelt es sich bei dem genannten Juristen um einen reinen Verwaltungsrechtler ohne strafrechtliche Erfahrungen. Zudem nimmt mit dem zweiten Mitarbeiter ein Vollzugsbeamter Verwaltungsaufgaben wahr – dieses Modell wäre verfassungsrechtlich zumindest bedenklich.

Experten fordern Sozianticket für OWL

Vorstoß: Geringverdienende sollten ein Angebot für 49 Euro in Monat erhalten.

Von Matthias Bungeoth

■ **Bielefeld.** Ein Sozianticket, das Geringverdienende eine kostengünstige Nutzung von Bussen und Bahnen im Nahverkehr ermöglicht, ist unabdingbar für die soziale Teilhabe der betroffenen Menschen. Das sagen Nahverkehrsexperten, die im „Bündnis für ein Sozianticket“ zusammenarbeiten und in dem sie die Einführung eines solchen Tickets fordern, das in ganz Ostwestfalen-Lippe Gültigkeit haben sollte.

„Wir schlagen vor, dieses Ticket für 49 Euro im Monat anzubieten“, sagt dazu Godehard Franzen, Vorsitzender des Vereins Pro Nahverkehr in Bielefeld, der sich in dem Bündnis engagiert. Das Bündnis hat das Thema ganz oben auf die Agenda genommen, nachdem die NRW-Landesregierung im November vergangenen Jahres die Förderung des Landes für das Sozianticket, pro Jahr aktuell rund 40 Millionen Euro, auslaufen lassen wollte.

„Wir begrüßen es sehr, dass die Landesregierung eingelenkt hat und das Sozianticket nunmehr dauerhaft mit Hilfe der Landesförderung abgesichert werden soll“, erklärt das Bündnis. Etwa eine Million Euro vom Gesamtbetrag landen derzeit in Ostwestfalen-Lippe. Davon werden aktuell zwei verschiedene Soziantickets in Bielefeld (ab 9 Uhr: 30,45 Euro pro Monat, ganztags: 41,60 Euro), und gemeinsam in den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford (35 Euro) angeboten. Die Kreise

Lippe (39 Euro) und Gütersloh (35 Euro) bereiten den Experten zufolge derzeit Soziantickets zum 1. August dieses Jahres vor. „In den Kreisen Höxter und Paderborn gibt es leider noch keine konkretisierten Vorüberlegungen für die Einführung eines Soziantickets“, heißt es. Franzen ermuntert die Kreistage dort, entsprechende Voten auf den Weg zu bringen.

Denn den Beobachtungen der Experten zufolge werden die Tickets durchaus gut angenommen. In Bielefeld gibt es rund 10.000 Kundinnen und Kunden, das Weser-Werre-Ticket in den Kreisen Herford und Minden-Lübbecke halten rund 3.500 Fahrgäste, ein entsprechendes Angebot der Stadt Detmold wird den Angaben zufolge von rund 2.000 Menschen genutzt. Bezugsberechtigt sind etwa die Empfänger von Hartz-IV-Leistungen.

„Es muss das Ziel sein, die Menschen wieder in den Job zu bringen. Dafür braucht man Kontakte“, sagt Bernd Vollmer (Die Linke), ebenfalls Mitglied des Bündnisses. Aktuell enden die Soziantickets an der Kreis- beziehungsweise der Stadtgrenze. Bernd Küffner vom Verkehrsclub Deutschland OWL: „Man sieht, dass das eine Schranke für die Mobilität ist.“ Deshalb fordert das Bündnis eine möglichst großflächige Lösung für OWL. An die Landespolitik richten die Experten zugleich den Appell, künftig eine gesetzliche Grundlage für das Sozianticket zu legen, damit eine Planungssicherheit gegeben ist.



Fordern ein OWL-Sozianticket: Godehard Franzen, Matthias Blomeier, Bernd Vollmer, Bernd Küffner (v. l.)

FOTO: MATTHIAS BUNGEROTH

„Wir sind in eine Überwachungsgesellschaft geschlittert, ohne es zu merken“

Interview: Sarah Spiekermann, Professorin für Wirtschaftsinformatik an der Wirtschaftsuniversität Wien, über unethisches Verhalten der IT-Branche und mangelnden Datenschutz.

Morgen Abend ist sie Referentin bei der Verleihung des Big Brother Awards im Bielefelder Stadttheater

Frau Spiekermann, das BKA beklagt, es habe 2017 etwa 8.400 Fälle von Kinderpornografie nicht klären können, weil die Regeln zur Vorratsdatenspeicherung zu streng seien. Sie beschäftigen sich mit ethischen Fragen der Digitalisierung. Ist Datenschutz hier unethisch?
SARAH SPIEKERMANN: Die Zahlen decken sich nicht mit denen, die mir bekannt sind. Vor dem Europäischen Gerichtshof haben Ermittler begründen müssen, wofür sie die Vorratsdatenspeicherung brauchen. Und da kamen sie unter Eid auf ganz wenige Fälle, wo die Vorratsdatenspeicherung nachweislich zur Aufklärung von Verbrechen geführt hat.

Datenschutz ist also nicht Täterschutz, wie oft kritisiert wird?
SPIEKERMANN: Es stimmt, dass Sicherheitsbehörden Zugriff haben müssen auf Daten, die sie für Ermittlungen brauchen – in begründeten Fällen,

wenn es um Verbrechen und innere Sicherheit geht. Das ist meines Erachtens gewährleistet. Davon unterscheiden müssen wir aber den riesigen Markt der kommerziellen Datennutzung. Firmen wie Oracle haben Hunderte von Millionen Daten über alle Bürger gesammelt. Diese Daten, die weit über das hinaus gehen, was Sicherheitsbehörden erfahren können, werden systematisch gegen uns verwendet.



Datenschutzexpertin: Sarah Spiekermann

FOTO: WU WIEN

Inwiefern?

SPIEKERMANN: Sie werden für alles verwendet. Sie werden verkauft an Versicherungsunternehmen, die damit rechnen, wie teuer unsere Policen sind; an Banken, die unsere Kreditrahmen festlegen; an Arbeitgeber, die sie in Bewerbungsverfahren systematisch auswerten; an PR-Firmen, die sie in grotesker Weise nutzen, um Wahlen zu manipulieren.

Europäische Datenschutzverordnung

◆ Am 25. Mai tritt eine neue Europäische Datenschutzverordnung in Kraft, die Firmen strengere Regeln auferlegt. Sie müssen genau dokumentieren, wie sie mit Kundendaten umgehen, ob sie eine Einwilligung zur Nutzung haben und dürfen Daten nur zu dem Zweck weiternutzen, zu dem sie erhoben worden sind.

◆ Bürger müssen umfangreicher informiert werden, welche Daten wie über sie gespeichert sind. Neu ist ein „Recht auf Vergessenwerden“, das Bürger in bestimmten Fällen einfordern können. Strenge Datenschutzzeinstellungen müssen bei IT-Anwendungen in Zukunft Standard sein und nicht erst mühsam einge-

stimmt wird oder für den Brexit. Wir sind in eine Überwachungsgesellschaft geschlittert, ohne es zu merken.

Wie konnte das passieren?
SPIEKERMANN: Firmen wie Facebook organisieren unsere Kommunikation. Kommunikation ist das Wichtigste, was wir zwischenmenschlich haben, und sie funktioniert nur im Vertrauen. Wir benutzen unsere Fitness-Armbänder,

stimmt wird oder für den Brexit. Wir sind in eine Überwachungsgesellschaft geschlittert, ohne es zu merken.

Wie konnte das passieren?
SPIEKERMANN: Firmen wie Facebook organisieren unsere Kommunikation. Kommunikation ist das Wichtigste, was wir zwischenmenschlich haben, und sie funktioniert nur im Vertrauen. Wir benutzen unsere Fitness-Armbänder,

richtet werden. Das „Recht auf Datenübertragbarkeit“ sorgt dafür, dass Daten von einem Anbieter zum nächsten mitgenommen werden können.
◆ Facebook, das wegen eines Daten-Skandals unter Beschuss steht, hat diverse Änderungen angekündigt, um sein Image wieder aufzupolieren.

unsere Computer, unsere Smartphones in völligem Vertrauen. Wie sehr dieses Vertrauen missbraucht wurde und wird, wissen die meisten Menschen nicht – weil das im Hintergrund abläuft und nicht sichtbar ist. Die Gesellschaft wird sich dessen erst ganz langsam bewusst.

Eine massenhafte Abkehr von Facebook oder Whatsapp gibt es aber trotz aller Skandale nicht. Wundert Sie das?

SPIEKERMANN: Nein. Der Zugang zu elektronischer Kommunikation ist inzwischen fast so wichtig wie der zu Elektrizität oder Wasser. Da kann man nicht einfach aussteigen, ohne sich in die soziale, manchmal auch geschäftliche Isolation zu begeben.

Gibt es gleichwohl einen Weg zurück aus der Überwachungsgesellschaft?

SPIEKERMANN: Davon bin ich überzeugt. Wir können die

bestehende IT-Infrastruktur noch immer so umbauen, dass sie wieder den Bürgern dient. Ein Beispiel: Facebook könnte ein Bezahldienst anbieten, in dem für ein paar Euro im Jahr eine datenschutzfreundliche Kommunikation zugesichert würde. Hier sollte die europäische Politik Druck aufbauen. Warum wird Facebook kein Ultimatum gestellt: Ihr entwickelt so einen Bezahldienst innerhalb der nächsten drei Monate, sonst schalten wir euch ab? Und auch neue Entwicklungen wie das selbstfahrende Auto oder ein Smart-Home können von vorneherein so entwickelt werden, dass sie auf den Schutz der Bürger ausgerichtet sind.

Haben Sie selbst eine Smart-Watch, die beispielsweise ihr Fitness-Programm überwacht?
SPIEKERMANN: Niemals.

Das Gespräch führte Sigrun Müller-Gerbes